

# Einleitung

Jürg Schweizer

Lawinen und Recht sind zwei Bereiche, die nur wenige Berührungspunkte haben. Einerseits gibt es kaum rechtliche Grundlagen zu Lawinen, andererseits hat die Justiz nur selten mit Lawinen zu tun – glücklicherweise. Dennoch ist das Verhältnis nicht unbelastet, denn aufgrund des Freiraums entstehen oft Missverständnisse, und die Emotionen gehen hoch. Kommt dazu, dass Juristen auf der einen und Sicherheitsverantwortliche auf der anderen Seite nicht die selbe Sprache sprechen – das hat die Tagung (leider) auch bestätigt. Im besten Fall kann der Sachverständige oder Gerichtsgutachter zwischen den Welten eine Brücke schlagen. Ziel der Tagung war daher in erster Linie, die verschiedenen Welten zusammenzubringen und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Wir wollten, banal ausgedrückt, die Angst der Sicherheitsverantwortlichen vor der Justiz verringern, und andererseits bei den Juristen, Richtern und Staatsanwälten das Verständnis für die Komplexität der Materie und damit verbunden die Unsicherheit bei der lawinentechnischen Beurteilung fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, erachteten wir es als nützlich, die Situation im ganzen Alpenraum zu betrachten, und das Seminar international auszurichten.

Im Januar 1994, als das SLF erstmals eine ähnliche Veranstaltung durchführte, war die Stimmung vorgängig alles andere als gut. Zwei folgenschwere Lawinenunfälle (1985 Samnaun, 1988 S-charl) hatten mit der Verurteilung des jeweils verantwortlichen Bergführers geendet. Die Urteile waren umstritten, vor allem das zweite zum Lawinenunfall am Monte San Lorenzo im Val S-charl, im Unteren-gadin. Dabei stand gerade auch das SLF in der Kritik, einerseits weil das Schweizerische Bundesgericht sich am Lawinenbulletin und dessen Interpretationshilfe orientierte, andererseits weil ein SLF-Mitarbeiter das Gerichtsgutachten verfasst hatte, und u.a. nicht darauf hinwies, dass die Gefahrenstufe im Lawinenbulletin nach dem Unfall – zu Recht oder nicht – von «mässig» auf «erheblich» angehoben wurde. Werner Munter wettete, die Überbewertung des Lawinenbulletins habe in der Schweiz eine unselige Tradition. Nun, das Ende des geführten Skitourenfahrens, eine Befürchtung der Gegner des Urteils, ist nicht eingetreten. Dazu beigetragen haben wesentliche Fortschritte, einerseits in der Kommunikation zwischen Touren- und Sicherheitsverantwortlichen und dem SLF – die damalige Veranstaltung initiiert von SLF-

Institutsleiter Dr. Walter Ammann war der Startschuss dazu, andererseits bei der Ausbildung, der Lawinenwarnung, und letztlich auch bei der Ausarbeitung der Sachverständigengutachten. Auch die AG Expertisen bei Bergunfällen hat zur Entkrampfung beigetragen und in Österreich und Frankreich Nachahmung gefunden. All dies hat, soweit ich das zu beurteilen vermag, vor allem im deutschsprachigen Bereich der Schweizer Alpen zu einer Beruhigung der Situation geführt.

Im Jahre 1999 war bekanntlich ein aussergewöhnliche Lawinenwinter, und von Frankreich bis nach Österreich kam es zu folgenschweren Lawinen-niedergängen. Die drei grössten riefen alle strafrechtliche Untersuchungen nach sich: Montroc bei Chamonix, Evolène im Wallis und Galtür/Valzur im Tirol. Während der Fall in Frankreich mit einer Verurteilung endete, wurden in Österreich die Verantwortlichen frei gesprochen. Das Gerichtsgutachten wurde von zwei SLF Mitarbeitern verfasst. Der Fall in der Schweiz, Evolène, – das SLF lehnte es ab, einen Sachverständigen zu delegieren –, wurde nach der Tagung im November 2005 in zweiter Instanz vor dem Walliser Kantonsgericht verhandelt. Da die erstinstanzliche Verurteilung bestätigt wurde, legten die Angeklagten beim Schweizerischen Bundesgericht Berufung ein. Der Kassationshof des Bundesgerichtes hat die Beschwerden Ende August 2006 abgewiesen. Viele weitere Fast-Unfälle sind im Februar 1999 passiert, an den meisten Orten bewährten sich die Massnahmen, resp. die Beteiligten hatten Glück, an wenigen Orten nur gab es Menschenleben zu beklagen. Zwar gab es in der Folge mehrere Strafuntersuchungen, aber im allgemeinen – wiederum auf die Schweiz bezogen – kam es nicht zu einer Welle von Verurteilungen, sondern die allermeisten Verfahren wurden eingestellt. Mir sind nur zwei Fälle bekannt, Leukerbad, wo eine künstlich ausgelöste Lawine zu erheblichem Sachschaden führte, und die Verantwortlichen verurteilt wurden, und eben Evolène.

Im Gegensatz zur Veranstaltung im Jahre 1994, standen daher aus aktuellem Anlass Fragen zur Sicherheit von Strassen und Siedlungen mehr im Vordergrund als das Risikomanagement auf Skitouren. Aber auch im Bereich des Tourenfahrens sind mit der Entwicklung der strategischen Beurteilungsmethoden (Werner Munter's Reduktionsmethoden) Fragen nach deren Relevanz im

gerichtlichen Verfahren aufgetaucht. Dazu beigetragen hat nicht zuletzt das Urteil zum Lawinenunfall im Jamtal (Dezember 1999). Das zivilrechtliche Urteil zum Jamtal-Unfall hatte zudem zur Folge, dass die kommerziellen Veranstalter heute gut beraten sind, wenn sie über ein Sicherheitskonzept verfügen. Qualitätssicherung ist angesagt.

Nach einführenden Referaten («state-of-the-art») zum Thema Lawinen und Risikomanagement, und grundlegenden rechtlichen Aspekten haben die Berichte zur rechtlichen Situation bei der Beurteilung von Lawinenunfällen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz gezeigt, dass in den Alpenländern doch erhebliche Unterschiede bestehen. In Frankreich hat ein neues Gesetz zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit zu etwelcher Verunsicherung geführt, gerade auch bei den Juristen. In Italien ist die unbeabsichtigte Lawinenauslösung ein abstraktes Gefährdungsdelikt, das mit vergleichsweise hohen Strafen (1–5 Jahre Gefängnis) geahndet wird. In den deutschsprachigen Alpenländern Deutschland, Österreich und der Schweiz ist die Situation am ehesten vergleichbar, wobei in Deutschland bei der gerichtlichen Beurteilung den Verkehrsnormen höhere Bedeutung zukommt als in Österreich und der Schweiz, wo eher situativ – durchaus unter Berücksichtigung allgemein anerkannter Verhaltensregeln – beurteilt wird.

In den fünf Workshops wurden denn auch die Sorgfaltspflichten hart diskutiert. Die im Tagungsband zusammengefassten Diskussionen können daher vereinzelt auch eher singuläre Standpunkte widerspiegeln. Als zentraler Knackpunkt erwies sich in den Workshops die Definition von Standards, oder wie sich herausstellte besser ausge-

drückt, von «allgemein anerkannten Verhaltensregeln». So zeigte sich zum Beispiel, dass das, was zur Zeit in der Skitourenausbildung standardmäßig gelehrt wird, nicht automatisch «Standards» im juristischen Sinne sind – sie sind es erst, wenn sie in der Praxis schon seit mehreren Jahren angewandt werden. Ein Beispiel: Das Tragen eines Lawinenschüttensuchgeräts auf einer Tour gilt als Standard, während strategische Beurteilungsmethoden wie die Reduktionsmethode (noch) nicht als Standard angesehen werden.

Die Tatsache, dass nur wenige Lawinenunfälle rechtliche Konsequenzen haben, zeigt, dass die Rechtsprechung angemessen ist und dass die Sicherheitsverantwortlichen professionell arbeiten. Und genau das erwarten Bewohner und Touristen, und damit die Justiz: Die Verantwortlichen haben die Lage sorgfältig zu erfassen, zu beurteilen und zu prüfen, ob Massnahmen zur Risikoreduktion nötig sind. Wenn sie ihr Vorgehen zudem gut dokumentieren, haben sie wenig Grund, sich vor den rechtlichen Folgen zu fürchten, falls doch einmal ein Schaden eintreten sollte. Die rund 150 Teilnehmenden aus allen Alpenländern sowie Kanada, Spanien und Polen waren sich weitgehend einig: Wenn sich die Themen «Lawinen» und «Recht» berühren, bestehen keine unüberwindbaren Gräben. In diesem Sinne hat das Seminar eines seiner primären Ziele – das gegenseitige Verständnis zu fördern – erreicht.

Allen Beteiligten, die zum guten Gelingen des Internationalen Seminars «Lawinen und Recht» und zur Drucklegung des vorliegenden Tagungsbandes beigetragen haben, möchte ich an dieser Stelle herzliche danken.

# Introduction

Jürg Schweizer

Avalanches et droit sont deux domaines qui se rencontrent rarement. D'une part, il n'existe quasiment pas de textes législatifs sur les avalanches, d'autre part la justice doit rarement statuer sur des avalanches – fort heureusement. Les relations sont toutefois difficiles car l'espace laissé à l'interprétation suscite souvent des malentendus et provoque de vives émotions. A cela s'ajoute le fait que juristes et responsables de la sécurité n'utilisent pas le même langage – ce que la conférence a – malheureusement – démontré elle aussi. Dans le meilleur des cas, l'expert judiciaire réussira à former un pont entre les deux mondes. L'objectif du séminaire était de ce fait en premier lieu de rapprocher ces deux mondes différents et d'encourager la compréhension réciproque. Notre intention était simplement d'apaiser la peur des responsables de la sécurité face à la justice, et d'un autre côté de favoriser, chez les juristes, les juges et les procureurs, la compréhension de la complexité du sujet et par là même, de l'incertitude inhérente à l'évaluation des risques d'avalanches. Afin d'atteindre cet objectif, nous avons estimé nécessaire d'observer la situation au niveau de tout l'arc alpin, et de donner une dimension internationale à ce séminaire.

En janvier 1994, lorsque l'ENA organisa pour la première fois une manifestation similaire, l'atmosphère en arrière-plan était tout sauf bonne. Deux accidents d'avalanche lourds de conséquences (1985 Samnaun, 1988 S-charl) avaient entraîné la condamnation du guide de montagne responsable. Les jugements furent controversés, en particulier le deuxième portant sur l'accident d'avalanche au Monte San Lorenzo dans le Val S-charl, en Basse-Engadine. L'ENA se retrouva lui aussi sous le feu de la critique, d'une part parce que le tribunal fédéral suisse s'était appuyé sur le bulletin d'avalanches et son aide à l'interprétation, d'autre part parce qu'un collaborateur de l'ENA avait rédigé l'expertise judiciaire sans avoir précisé, entre autres, que le niveau de danger dans le bulletin d'avalanches était, suite à l'accident, passé – à juste titre ou pas – de «limité» à «marqué». Werner Munter s'indigna, déclarant que la foi excessive dans le bulletin d'avalanches relevait d'une funeste tradition en Suisse. Finalement, la fin des randonnées à ski avec guide, crainte émise par ceux qui contestèrent le jugement, n'eut pas lieu. Y contribuèrent des progrès substantiels: dans la communication entre les responsables des

randonnées et de la sécurité d'une part, et l'ENA d'autre part – le séminaire d'alors, initié par le directeur de l'ENA, Walter Ammann, en fut le point de départ; dans la formation, dans la prévision des avalanches et enfin dans l'élaboration des rapports d'expertise. Le groupe de travail «Expertises lors d'accidents de montagne» a aussi en partie désamorcé les tensions et trouvé un écho en Autriche et en France. Tous ces éléments ont, pour autant que je puisse en juger, permis d'apaiser la situation, en particulier dans la région germanophone des Alpes suisses.

L'hiver 1999 est connu pour son nombre exceptionnel d'avalanches. De la France à l'Autriche, on a assisté à des avalanches aux conséquences dramatiques. Les trois plus importantes ont été suivies d'enquêtes pénales: à Montroc près de Chamonix, Evolène en Valais et Galtür/Valzur au Tyrol. Tandis que l'action en justice s'est terminée par une condamnation en France, les responsables ont été acquittés en Autriche. Dans ces deux cas, l'expertise judiciaire fut rédigée par deux collaborateurs de l'ENA. Le cas en Suisse à Evolène – pour lequel l'ENA refusa de déléguer un expert –, fut traité après le séminaire de novembre 2005 en deuxième instance devant le tribunal cantonal valaisan. Comme la décision de première instance fut confirmée, les accusés firent appel auprès du tribunal fédéral suisse. La cour de cassation pénale du tribunal fédéral a rejeté les recours fin août 2006. De nombreux accidents ont pu néanmoins être évités de peu en février 1999. Les mesures ont fait leurs preuves dans la plupart des endroits, puisque rares ont été les accidents mortels, même si parfois la chance fut du côté des personnes concernées. Maintes enquêtes pénales ont certes été lancées par la suite mais en général – de nouveau en ce qui concerne la Suisse – on n'a pas assisté à une vague de condamnations, la grande majorité des procédures s'étant au contraire traduite par un non-lieu. Je n'ai connaissance que de deux cas, celui de Leukerbad où une avalanche déclenchée artificiellement a causé d'importants dommages matériels et où les responsables furent condamnés, et celui d'Evolène.

En raison des sujets d'actualité et contrairement au séminaire de 1994, les questions sur la sécurité des routes et des habitations furent discutées plus intensivement que la gestion des risques lors de randonnées à ski. Mais dans le domaine des ran-

données à ski également, l'élaboration de méthodes d'évaluation stratégique (les méthodes de réduction de Werner Munter) a soulevé des questions sur leur pertinence dans la procédure judiciaire. Le jugement sur l'accident d'avalanche dans le Jamtal y a particulièrement contribué (décembre 1999). Le jugement en droit civil sur l'accident du Jamtal a aussi permis qu'aujourd'hui, les organisateurs commerciaux soient bien conseillés lorsqu'ils disposent d'un concept de sécurité. L'assurance de la qualité est le maître mot.

Après des exposés sur l'état des lieux en ce qui concerne les avalanches et la gestion des risques, ainsi que sur des aspects juridiques fondamentaux, les présentations sur la situation juridique lors de l'évaluation d'accidents d'avalanche en Allemagne, en France, en Italie, en Autriche et en Suisse, ont montré qu'il existait encore des différences marquées entre les pays alpins. En France, une nouvelle loi sur la responsabilité pénale a fait naître des incertitudes, y compris chez les juristes. En Italie, le déclenchement involontaire d'avalanche est un délit de mise en danger abstrait sanctionné par des peines comparativement élevées (1 à 5 ans d'emprisonnement). Ce sont les pays alpins germanophones – Allemagne, Autriche, Suisse – qui offrent la situation la plus similaire. Toutefois, en Allemagne, les normes ont plus de poids dans le jugement qu'en Autriche ou en Suisse où celui-ci repose plus sur du cas par cas – les règles de comportement généralement reconnues sont alors largement prises en considération. Les cinq groupes de travail ont également été le théâtre de vives discussions sur le devoir de diligence. Les discussions, résumées dans les actes du séminaire, reflètent ainsi parfois des avis plutôt singuliers. Le principal point d'achoppement dans les groupes de travail fut la définition des standards, ou comme cela a été mieux formulé, de «règles de comportement généralement reconnues». Il est apparu par exemple que ce qui est

actuellement enseigné à propos des standards dans la formation aux randonnées à ski, ne correspond pas automatiquement à des «standards» au sens juridique du terme – ils ne le deviennent que lorsqu'ils sont appliqués dans la pratique depuis plusieurs années. Un exemple: porter un détecteur de victimes d'avalanche dans une randonnée correspond à un standard, tandis que le recours à des méthodes d'évaluation stratégique comme la méthode de réduction n'est pas (encore) considéré comme tel.

Le fait que seuls quelques accidents d'avalanche entraînent des conséquences juridiques, démontre que la jurisprudence est appropriée et que les responsables de la sécurité travaillent avec professionnalisme. Et c'est exactement ce qu'attendent les habitants et les touristes et par là même la justice: les responsables doivent dresser un état minutieux de la situation puis l'évaluer, et contrôler si des mesures de réduction des risques sont nécessaires. De plus, s'ils documentent consciencieusement leur façon de procéder, ils n'ont guère de raisons de craindre des conséquences juridiques si un dommage devait malgré tout survenir. Les quelque 150 participants originaires de l'ensemble des pays alpins, ainsi que du Canada, d'Espagne et de Pologne, se sont largement accordés sur un point: lorsque les thèmes «avalanches» et «droit» se rencontrent, il n'y a aucun fossé infranchissable. Dans ce sens, le séminaire a atteint l'un de ses principaux objectifs: encourager la compréhension réciproque.

Je tiens à remercier chaleureusement à cette occasion tous ceux qui ont fait de ce séminaire international «Avalanches et droit» un succès et ont aidé à l'impression des actes du séminaire.

Traduction: Jenny Sigot

## Introduzione

Jürg Schweizer

Le valanghe e il diritto sono due campi che apparentemente hanno poche affinità. Da un lato esistono relativamente poche basi giuridiche che fanno riferimento ad il tema delle valanghe, d'altra parte la giustizia, fortunatamente, solo raramente è confrontata con la tematica delle valanghe. Tuttavia i rapporti tra questi settori non sono esenti da conflitti, in quanto a seguito delle zone d'ombra che in questa materia inevitabilmente esistono, spesso possono sorgere dei malintesi e la componente emozionale può prendere il sopravvento. Inoltre bisogna considerare che, come (purtroppo) confermato anche dal convegno, i giuristi da un lato ed i responsabili della sicurezza dall'altro lato, di frequente non parlano lo stesso linguaggio. Nel migliore dei casi il perito della giustizia può creare un ponte tra questi diversi ambiti. Obiettivo principale del convegno era quindi quello di radunare questi diversi settori, allo scopo di incoraggiare la comprensione reciproca. Espresso in modo banale, il nostro intendimento era quello di attenuare la paura dei responsabili degli addetti della sicurezza verso la giustizia e, d'altra parte, di offrire a giuristi, giudici o avvocati un'occasione per meglio conoscere una materia – quella dei provvedimenti tecnici connessi alla protezione delle valanghe – estremamente complessa e inevitabilmente legata a dei fattori di incertezza. Per raggiungere questo obiettivo ci è sembrato utile esaminare la situazione a livello di intero arco alpino, organizzando quindi un convegno aperto ad una partecipazione internazionale.

Nel gennaio del 1994, allorché lo SNV (l'Istituto federale svizzero per lo Studio della Neve e delle Valanghe) organizzò un convegno dai contenuti simili, l'atmosfera che precedentemente regnava in questo ambito era tutt'altro che tranquilla. Due gravi incidenti valanghivi con esiti gravi (1985 a Samnaun e 1988 a S-charl) si erano risolti con la condanna delle guide alpine responsabili della sicurezza. Le relative sentenze furono oggetto di diatribe, specialmente nel caso di un incidente avvenuto nella Bassa Engadina, sul Monte San Lorenzo nella valle di S-charl. In questa vicenda anche l'SNV fu sottoposto a forti critiche: da un lato in quanto il giudice del Tribunale Federale svizzero fece riferimento al bollettino sulle valanghe e ai relativi criteri di definizione ed interpretazione, d'altra parte un collaboratore dell'SNV venne chiamato a produrre una perizia per il tribunale e, tra le altre cose, non fece riferimento al fatto che le scale di pericolo delle valanghe, dopo l'incidente

– a ragione o a torto – venne aumentato dal grado «moderato» al grado «marcato». Werner Munter, una guida alpina, tuonò che la sovravalutazione del bollettino delle valanghe in Svizzera rappresenta una triste tradizione. Comunque, alla fine della gita sciistica, gli argomenti della controparte che avversavano la sentenza sono stati dichiarati come irricevibili. Un contributo essenziale in questo senso con sostanziali progressi è dovuto da un lato al miglioramento della comunicazione tra i responsabili delle gite escursionistiche e degli addetti alla sicurezza e dell'istituto SNV che, sotto l'impulso iniziale del responsabile dell'istituto Dottor Walter Amman, organizzò quel convegno nel 1994. Inoltre venne pure migliorata la formazione, la prevenzione delle valanghe e anche il procedura per l'elaborazione delle perizie oggettive. Anche il gruppo di esperti creato in Svizzera per occuparsi del tema delle perizie nel caso di incidenti in montagna ha contribuito a ridurre le tensioni ed è stato preso a modello anche in Austria e in Francia. Tutti questi fattori, per quanto l'autore è in grado di valutare, hanno permesso, specialmente nei paesi alpini di lingua tedesca, di rasserenare la situazione.

L'anno 1999 è notoriamente stato un anno di valanghe eccezionale, dalla Francia all'Austria, si sono registrate numerose valanghe con conseguenze assai gravi. Le tre maggiori di esse hanno tutte portato all'istruzione di cause a livello giuridico: Montroc nella regione di Chamonix, Evolène in Vallese e a Galtür/Valzur nel Tirolo. Mentre l'evento francese si concluse con la condanna dei responsabili, in Austria i responsabili vennero giudicati come innocenti. Entrambe le perizie vennero redatte da collaboratori dell'Istituto SNV. Nel caso svizzero di Evolène, lo stesso istituto SNV si rifiutò di redigere la perizia, delegandola ad altri. Dopo il convegno del Novembre 2005 il caso venne trattato in seconda istanza dal tribunale cantonale Vallesano: la decisione della prima istanza venne contestata dalla parte imputata e fu oggetto di ricorsi presso il Tribunale Federale Svizzero. La corte di cassazione penale del Tribunale Federale bocciarono i ricorsi alla fine di Agosto 2006. Numerosi altri «quasi incidenti» accaduti nel febbraio 1999 nella maggior parte dei casi i provvedimenti presi ebbero successo e le persone coinvolte ebbero la fortuna dalla loro parte in quanto raramente pochi casi ebbero epilogo con perdite di vite umane. Vi furono comunque numerose inchieste penali, anche se pure in questo caso prendendo in

esame unicamente la situazione svizzera, non vi fu un'ondata di condanne in quanto nella maggior parte dei casi i procedimenti in corso vennero abbandonati. A conoscenza dell'autore vi sono solamente due casi, Evolène e quello di Leukerbad, nel quale una valanga fatta scendere artificialmente provocò dei danni materiali considerevoli e dove i responsabili vennero condannati.

Contrariamente al convegno organizzato nel 1994, in quello qui illustrato dai presenti atti, vennero maggiormente considerati le questioni attuali relative alla messa in sicurezza di strade ed insediamenti abitati, che non la questione della gestione del rischio durante le escursioni con gli sci. Tuttavia, anche nel campo delle gite in montagna con lo sviluppo dei metodi di valutazione del rischio di tipo strategico (metodologia di riduzione elaborata da Werner Munter) sono comunque emerse questioni rilevanti dal profilo giuridico. A questa situazione hanno peraltro contribuito anche la sentenza sull'incidente provocato da una valanga nella Jamtal del Dicembre 1999. La sentenza di diritto civile nel caso della Jamtal ha avuto quale effetto che chi organizza queste gite a scopo commerciale oggi viene molto meglio consigliato che in passato, potendo predisporre di concetti sulla sicurezza. Il tema in questo caso è quello della garanzia della qualità dei servizi offerti.

Dopo una presentazione introduttiva sullo stato delle conoscenze («state-of-the-art») in materia di valanghe e delle problematiche legate alla gestione del rischio, sulle basi legali attualmente esistenti, vi sono state comunicazioni dedicate ad aspetti giuridici rilevanti considerati nell'esame di casi di sinistri provocati da valanghe in Germania, Francia, Italia, Austria e Svizzera. Questa serie di comunicazioni ha evidenziato come, tra i diversi paesi alpini, vi siano differenze considerevoli. In Francia la nuova legislazione sulla responsabilità penale ha condotto a una situazione di maggiore incertezza, anche tra i giuristi. In Italia chi provoca il distacco non intenzionale di una valanga viene giudicato per reato di pericolo astratto che può implicare condanne da 1 a 5 anni di detenzione. Nei Paesi di lingua tedesca Germania, Austria e Svizzera la situazione è maggiormente comparabile, anche se in Germania, nel caso di decisioni del giudice, le norme hanno un'importanza maggiore che non in Austria o in Svizzera dove le sentenze hanno carattere piuttosto situativo, trattandosi di considerare in modo piuttosto generale, le regole di comportamento riconosciute ed ammissibili.

Nell'ambito dei cinque workshops sono stati comunque discussi anche il tema del dovere di diligenza. I risultati delle discussioni sono stati riassunti negli atti del convegno, anche se essi non sono assolutamente oggettivi, ma possono essere considerati alla stregua di punti di vista di

singoli casi specifici. Il punto centrale maggiormente controverso è soprattutto quello trattato nei gruppi di discussione dedicati alla definizione di standard, ovvero quello delle «regole di comportamento di validità generale». In questo caso, ad esempio, ciò che viene oggi considerato una formazione standard in materia di valanghe, non viene automaticamente assimilato a uno «standard» in senso giuridico. Comunque può assumere tale carattere unicamente quando esso è stato utilizzato a fini pratici e quindi sperimentato da diversi anni. Un esempio: il portare con se un strumento per la ricerca di persone sotterrate da valanghe durante una gita sciistica viene considerato come standard, mentre i metodi di valutazione di tipo strategico per la prevenzione e valutazione dei rischi, non sono (ancora) automaticamente considerati come degli standard.

Il fatto che relativamente pochi incidenti di valanghe hanno conseguenze a livello giuridico mostra che il diritto può essere considerato come adeguato e che i responsabili della sicurezza in generale lavorano in modo ineccepibile dal punto di vista professionale. Questo è esattamente ciò che gli abitanti delle zone a rischio ed i turisti che le frequentano si aspettano ed è ciò che la giustizia considera come importante: i responsabili devono essere in grado di considerare in modo accurato la situazione, di valutare i rischi e di verificare dove dei provvedimenti per ridurre gli stessi sono necessari. Se essi sono inoltre in grado di documentare in modo assolutamente riproducibile il procedimento, in genere hanno pochi motivi per temere conseguenze a livello giuridico, nel caso in cui dovessero essere oggetto di denunce. Gli oltre 150 partecipanti provenienti da tutti i paesi alpini oltre che dal Canada, dalla Spagna e dalla Polonia erano in genere unanimi: quando i temi «valanghe e diritto» si incontrano, non vi sono necessariamente dei fossati invalicabili. In questo senso il convegno ha pertanto centrato uno dei suoi obiettivi primari, quello di migliorare la comprensione tra le diverse parti.

In questo contesto desideriamo ringraziare sentitamente tutti quelli che hanno contribuito alla riuscita del convegno «valanghe e diritto» e alla pubblicazione dei relativi atti.

Traduzione: Fulvio Giudici